



Bildungspolitik aktuell: Schwarz-roter Koalitionsvertrag auf dem Prüfstand

Der Berliner Koalitionsvertrag geht mit dem Titel „Ein Aufbruch für die Stadt. Eine Koalition für Erneuerung. Ein Regierungsprogramm für alle.“ ins Rennen. Die IHK Berlin stellt fest: Für die lang ersehnte Erneuerung in der Bildungspolitik werden viele Weichen erfolgreich gestellt. Einige führen aber auch in die Sackgasse.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG WIRD AUSGEBAUT

„Das erfolgreiche Bundesprogramm der Sprach-Kitas werden wir mit Mitteln des Kita-Qualitätsgesetzes als Landesprogramm weiterführen, weitere Instrumente der Sprachförderung verstetigen...“ Mit dieser Entscheidung für eine langfristige Sicherstellung von Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung geht die Koalition den richtigen Weg. Ebenso begrüßt die Berliner Wirtschaft die Ausweitung des Kita-Ausbauprogramms und die Entlastung der pädagogischen Fachkräfte durch multiprofessionelle Teams.

LERNSTANDSERHEBUNGEN WERDEN ERWEITERT

„Die Koalition implementiert stufenweise jährliche standardisierte Vergleichsarbeiten zur Leistungsmessung...“ Mit dem Ausbau von Lernstandserhebungen und Vergleichsarbeiten folgt die neue Koalition dem erfolgreichen Hamburger Weg. Dazu sollte auch die Empfehlung der Qualitätskommission umgesetzt und - unter Einbindung des Instituts für Schulqualität - begleitende Angebote zur Nutzung von Lernstandserhebungen für die individuelle Förderung und Unterrichtsentwicklung bereitgestellt werden.

BERUFSORIENTIERUNG WIRD DEUTLICH GESTÄRKT

„Zudem wollen wir das Unterrichtsfach „Wirtschaft-Arbeit-Technik“ (WAT) stärken, indem wir ihn auch an Gymnasien mit den vorhandenen Ressourcen in der Klassenstufe 9 verpflichtend einführen.“ Einen großen Schritt plant die Koalition in der beruflichen Orientierung und mit der verpflichtenden Einführung des Leitfachs WAT an Gymnasien. Sie greift eine langjährige Empfehlung der Berliner Wirtschaft auf. Die duale Ausbildung ist auch für Gymnasiasten ein attraktiver Einstieg in die Arbeitswelt.

ÜBERGANG SCHULE-BERUF RÜCKT IN DEN FOKUS

„Wir wollen die Handlungsspielräume der Jugendberufsagenturen vergrößern...“ Die Berliner Wirtschaft begrüßt den Fokus auf gelingende Übergänge in den Beruf. Mit der Weiterentwicklung der Jugendberufsagentur (JBA) zu einem Dienstleister aus einer Hand, der aufsuchenden

Beratung von Jugendlichen und dem Ziel einer funktionierenden Weitergabe der Daten von Schulabgängern, sind die richtigen Pflöcke gesetzt. Der Fokus der JBA sollte dabei unbedingt auch die Begleitung während der Bewerbung und die konkrete Vermittlung in Ausbildung umfassen.

DISKUSSION UM AUSBILDUNGSSTELLEN IST FESTGEFAHREN

„Die zuständige Senatsverwaltung wird umgehend ... einen im Senat konsentierten Gesetzentwurf für eine Ausbildungsplatzumlage erarbeiten.“ Die Pläne der Koalition sind Ausdruck einer landesweit festgefahrenen Diskussion um das Vorhandensein ausreichender Ausbildungsplätze. Die vorgeschlagene Lösung führt dabei allerdings in die Sackgasse. Aus Sicht der Wirtschaft geht das Beharren auf 2.000 zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen oder einer Ausbildungsumlage am Problem vorbei. Nicht tausende weitere Angebote, sondern nur erfolgreiche Vermittlungen führen letztendlich zu neuen Ausbildungsverhältnissen. Auch der Aufbau außerbetrieblicher Ausbildung sollte nur Ultima Ratio sein und sich an den Bedarfen des Marktes orientieren.

STEUERUNG BERUFLICHER BILDUNG WIRD NEU GEDACHT

„Wir prüfen die Einführung eines Landesinstituts für Berufliche Bildung nach Hamburger Vorbild.“ Die Aufnahme der langjährigen Empfehlung der Wirtschaft nach Aufwertung und einheitlicher Steuerung beruflicher Bildung stimmt hoffnungsfroh und sollte so auch umgesetzt werden. Wichtig und richtig sind abschließend auch die Stärkung der Lehrkräftesicherung und Erprobung dualer Lehrkräfteausbildung.

ANSPRECHPARTNERIN 

Anne Neidhardt

Telefon: +49 30 31510-838

E-Mail: anne.neidhardt@berlin.ihk.de